

ICAN Städteappell (Auszug):

(...) Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu dessen Beitritt auf.“

Veranstalter:



Wittener
Friedensforum



mit Unterstützung des

Hagener Friedenszeichen e.V.

Kontakt:

Wittener Friedensforum
c/o Joachim Schramm
Holzstr. 67
58453 Witten

Wir laden ein:

**Donnerstag,
19. März 2020, 19 Uhr**

**Gemeindehaus der
Ev.-Freikirchlichen
Gemeinde Oberdorf 10**

**Veranstaltung mit
zwei Mitgliedern des
„Interfraktionellen
Parlamentskreises
Atomwaffenverbot“**

**Kathrin Vogler
(MdB, Die LINKE)**

und

**Ralf Kapschack
(MdB, SPD)**



**"Atomwaffen
verbieten - jetzt!"**

Veranstaltung mit
Kathrin Vogler (MdB) und
Ralf Kapschack (MdB)

19. März 2020

**Witten, Ev.-Freikirchliche
Gemeinde Oberdorf**

www.wit-friedensforum.de

75 Jahre nach Abwurf der ersten beiden Atomwaffen auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki im August 1945 ist die Gefahr eines alles vernichtenden Atomkrieges so groß wie seit den Zeiten des Kalten Krieges nicht mehr. Darauf verweisen nicht zuletzt Experten aus den USA. Dafür haben drei parallele Entwicklungen in den letzten Jahren gesorgt:

- Nach anfänglichen Annäherungen zwischen Russland und der NATO in den 90er Jahren ist inzwischen eine neue, zunehmende **Konfrontation** Realität. Die NATO-Osterweiterung, die Konflikte Russlands mit den Nachbarländern Georgien und Ukraine, die Militärinterventionen des Westens im Nahen und Mittleren Osten, die Vorwürfe der Manipulation der US-Wahlen durch Russland sowie Manöver und Truppenkonzentrationen beider Seiten an der russischen Westgrenze haben zu einem Klima des wechselseitigen Misstrauens geführt. Aktuell findet gerade das große NATO-Manöver "Defender 2020" an der russischen Grenze statt.

- Die zweite Entwicklung ist der voranschreitende Niedergang der **Rüstungskontrolle**. Im Kalten Krieg waren NATO und Warschauer Vertrag bemüht, durch verschiedene Abkommen ein unkontrolliertes Wettrüsten zu verhindern. Diese weiterhin wichtigen Verträge werden jedoch seit mehreren Jahren nach und nach gekündigt, so der ABM-Vertrag über Raketenabwehrsysteme oder zuletzt der INF-Vertrag über Mittelstreckenraketen. Auch der Atom-Teststopp-Vertrag und die Zukunft des New START-Vertrages über Interkontinentalraketen sind unsicher. Damit einher geht eine Beendigung des Dialogs zwischen beiden Seiten, der in der Vergangenheit in Krisen eine Eskalation verhindern konnte. So wurde der NATO-Russland-Rat einge-

froren, dem US-Militär ist es per Gesetz verboten, mit russischen Militärs zu kooperieren. Damit ist die Klärung von Missverständnissen bei militärischen Aktionen der anderen Seite extrem eingeschränkt.

- Die dritte Entwicklung besteht in der Neuentwicklung modernster **Waffensysteme**. Schon seit Jahren werden auf beiden Seiten Atomwaffen und deren Trägersysteme modernisiert. Hinzu gekommen sind Hyperschall-Raketen, die die Reaktionszeit für eine mögliche Gegenmaßnahme drastisch reduzieren. Ebenfalls neu sind die Möglichkeiten der Cyberkriegsführung, mit der

atomwaffenfrei.
jetzt

Warnsysteme manipuliert und Fehlalarme ausgelöst werden können. All das führt zu einer starken Verunsicherung über die angemessene Reaktion und kann im Zweifelsfall auch zur ungewollten Anwendung von Atomwaffen führen, um einem befürchteten Vernichtungsschlag zu entgehen.

Dies alles führt zu einem Zustand der **strategischen Instabilität** und damit Kriegsgefahr, was jedoch in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird. Deutschland ist durch diese Instabilität besonders gefährdet, da es als wichtiges NATO-Land in der Mitte Europas zentrale militärische Einrichtungen der Militärallianz beherbergt und auf deutschem Gebiet auch US-Atombomben stationiert sind. Es ist also vorrangig Zielgebiet von Gegenschlägen.

Umso unverständlicher ist es, dass Deutschland sich weigert, den neuen **UN-Atomwaffenverbotsvertrag** zu unterstützen. Ganz im Gegenteil versuchen Politiker sogar einem deutschen Zugriff auf französische Atomwaffen das Wort zu reden. Mit dem 2017 von 120 Staaten beschlossenen Atomwaffen-Verbotsvertrag will die Weltgemeinschaft einen neuen Schritt unternehmen, die **Menschheitsbedrohung Atomwaffen** zu beseitigen. Wird dieser Vertrag durch die Ratifizierung von 50 Staaten rechtskräftig, sind die Herstellung, die Lagerung und natürlich die Anwendung von Atomwaffen völkerrechtswidrig. Damit geht der Vertrag weit über den Atomwaffensperrvertrag hinaus, der den Atommächten quasi das Nutzungsrecht von Atomwaffen einräumte.

Immer mehr Menschen treten der Atomkriegsgefahr entgegen und fordern die Unterstützung des Vertrages durch Deutschland ein. Im Bundestag hat sich 2019 ein **„Interfraktioneller Parlamentskreis Atomwaffenverbot“** gegründet. Abgeordnete, vor allem von SPD, Grünen und Linkspartei, setzen sich für die Unterzeichnung des Vertrages durch Deutschland ein. Auch auf der kommunalen Ebene wächst eine Bewegung für den Atomwaffenverbotsvertrag. Über 80 Städte haben den "ICAN-Städteappell" unterzeichnet und fordern die Bundesregierung zur Unterzeichnung des UN-Vertrages auf.

Bei unserer Veranstaltung werden zwei Mitglieder des Parlamentskreises über die aktuellen Gefahren der Atomrüstung berichten. Auch der mögliche Beitritt Wittens zum ICAN-Städteappell wird Thema sein.